

# Asylbewerberzahl wird steigen

Landkreis will Kommunen bei Kosten für Integrationsberater künftig unterstützen

Etwas über 500 Asylbewerber oder geduldete Personen leben derzeit im Landkreis Celle. Die Kreisverwaltung geht davon aus, dass es dabei nicht bleiben wird. Deshalb soll den Kommunen bei der Integration unter die Arme gegriffen werden.

CELLE. Der Landkreis Celle wird Personal zur Integration von Ausländern in die deutsche Gesellschaft künftig mit 25 Prozent der Kosten bei den Kommunen unterstützen. Eine entsprechende Empfehlung gab der Sozialausschuss des Kreises in seiner jüngsten Sitzung und reagierte damit unter anderem auf die aktuelle Entwicklung bei den Asylbewerberzahlen.

„Wir haben eine steigende Zahl von Asylbewerbern und das wird tendenziell in den kommenden Jahren so bleiben“, sagte Kreisdezernent Michael Cordioli. So registrierte das Bundesamt für Migration für ganz Deutschland im April etwa 11.500 Anträge, das ist gut ein Drittel mehr als im Jahr davor. Jede Kommune muss eine bestimmte Anzahl davon aufnehmen. Die Integrationsberater sollen den Menschen vor Ort helfen, sich in Deutschland zurechtzufinden.

Handlungsbedarf sieht der Kreis neben den Asylsuchenden derzeit besonders bei der Integration von Rumänen, die seit Februar 2014 in großer Zahl in die Stadt Bergen ziehen. Sie sprechen kaum Deutsch und bedürften der sozialen Betreuung. Gemeldet sind dort, Stand gestern, 113 Personen, es gibt aber Hinweise, dass es noch mehr sein könnten. Die Stadt hat inzwischen eine Stelle für einen In-

tegrationsberater ausgeschrieben und wird sich im Rat am kommenden Donnerstag damit beschäftigen.

Die Samtgemeinde Lachendorf, der gemeindefreie Bezirk Lohheide und die Samtgemeinde Wathlingen wollen laut der Kreisverwaltung keine zusätzlichen

Die Situation stellt sich recht unterschiedlich dar.

Michael Cordioli

Integrationshilfen geben. Sie haben entweder geringe Fallzahlen oder bereits ein aus ihrer Sicht gutes Angebot. Alle anderen Kommunen halten Unterstützung bei Dingen wie Behördengängen und Arztbesuchen, Haushaltsführung, sozialpädagogischer Beratung

und Sprachförderungen für notwendig.

Das Jugendamt habe zudem darauf hingewiesen, dass die Kinder bei der Betreuung von Asylbewerbern stärker in den Blick genommen werden sollten. Hierbei gehe es um Kontakte zu Kindertagesstätten und Schulen, die Behandlung von traumatisierten Kindern und Jugendlichen sowie die Verhinderung von Verwahrlosung durch Vermittlung von altersentsprechenden Angeboten beispielsweise in Jugendzentren.

Behiye Uca (Linke) war diese Unterstützung der Celler Kommunen für solche Stellen allerdings nicht hoch genug. Sie forderte, dass der Kreis 75 Prozent der Personalkosten übernimmt, damit es den Kommunen leichter falle, sich für eine solche Stelle zu entscheiden. Cordioli wies das allerdings zurück. Zum einen müsse der Kreis auch seinen eigenen Haushalt im Griff behalten, „zum anderen stellt sich die Situation in den Kommunen recht unterschiedlich dar.“

Die Politik folgte dem Vorschlag und lehnte eine Aufstockung, wie von Uca gefordert, einstimmig ab. „Wir wollen auch keine Förderung mit der Gießkanne, sondern gezielte Hilfen“, sagte Jörg Schuster (CDU) und gab damit die Meinung aller im Ausschuss wieder. Der Kreisausschuss wird jetzt die endgültige Entscheidung haben. Eine Zustimmung gilt angesichts der breiten Mehrheit im Sozialausschuss aber als sicher. *Tore Harmening*

